

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · STADTRATSFRAKTION · Rathaus · 84028
Landshut

Stadtratsfraktion

Rathaus
Altstadt 315
84028 Landshut
Tel.: +49 (871) 88-1790
Fax: +49 (871) 88-1789
fraktion.gruene@landshut.de

An den
Stadtrat der Stadt Landshut
Rathaus
84028 Landshut



Nr. 1055



Landshut, 17. Dezember 2019

Dringlichkeitsantrag – Landshut wird sicherer Hafen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Landshut erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ für aus Seenot gerettete Geflüchtete.

1. Die Stadt Landshut tritt dem Bündnis von inzwischen über 100 Städten und Landkreisen „Städte Sicherer Häfen“ bei, die ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht erklärt haben und bereit sind in Seenot geratene Menschen aufzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Maßnahmen im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ zu erarbeiten und im 1. Quartal 2020 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Antragsteller*innen greifen damit ein Anliegen der Initiative „Seebrücke Landshut“ auf, welche von einem breiten Bündnis unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher, kirchlicher und kultureller Organisationen in Landshut unterstützt wird (siehe angefügtes Anschreiben). Allein im Jahr 2019 sind bereits mehr als 1000 Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer gestorben.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben vergangene Woche zum Tag der Menschenrechte ihre Solidarität mit privaten Seenotrettern bekundet und zur Hilfe aufgerufen, um die Menschen im Mittelmeer in sichere Häfen zu bringen.

Bundesweit über 100 Städte haben sich bereits zum sicheren Hafen erklärt, darunter München, Regensburg, Erlangen, Würzburg, Aschaffenburg.

Auch die Stadt Landshut sollte nicht länger tatenlos zusehen, sondern ein Zeichen setzen und sich zum sicheren Hafen erklären. Damit zeigt die Stadt auch, dass die Zivilgesellschaft Landshuts damit nicht alleine ist.

Damit der Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ keine bloße Absichtserklärung bleibt, soll die Machbarkeit konkreter Maßnahmen geprüft und dem Stadtrat vorgelegt werden.

gez. Stefan Gruber
Fraktionsvorsitzender

gez. Sigi Hagl
stlv. Fraktionsvorsitzende



Sicherer Hafen Landshut - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen.

Wir fordern die Stadt Landshut auf Sicherer Hafen zu werden.

Die Stadt Landshut soll:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklären.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzen, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.

3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positionieren und diese aktiv unterstützen, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.

4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzen.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzen und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbieten (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellen (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).

7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzen, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgen. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

9. für Bleibeperspektiven eintreten und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzen. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzen. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlichen.